



12.05.2020

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,  
Verkehr und Digitalisierung  
Herrn Minister Dr. Bernd Althusmann  
Friedrichswall 1  
30159 Hannover

Frauen Union Ammerland  
Uhlhornstraße 11  
26180 Rastede  
Telefon 04402 986485  
Fax: 04402 986486  
Mobil 0175 1957924  
fu-ammerland@gmx.de

Vorsitzende  
Corinna Martens

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Althusmann,

die Corona-Krise stellt für viele Hotel- und Gaststättenbetriebe eine ernst zu nehmende wirtschaftliche Bedrohung dar. Es waren die ersten, die geschlossen wurden, und sie werden wohl noch lange nicht in den Normalbetrieb gehen können. Diese „Notlage“ nahm die Frauen Union Ammerland zum Anlass, mit mehreren Vertretern des Gewerbes über aktuelle Situation zu sprechen. Die Betriebe haben dies dankbar aufgenommen und uns ihre Zukunfts- und Existenzsorgen mitgeteilt.

Viele fühlen sich von der Politik alleingelassen. Man nehme zwar jetzt die Lockerungen dankbar zur Kenntnis, jedoch seien diese oft unklar und nicht nachvollziehbar und wenig stringent. Man habe konkrete Vorschläge für eine praxistauglichere Lockerungspolitik unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen erwartet. Mit den jetzigen Regelungen könnten viele Betriebe nicht mehr lange überleben.

Die Situation des Hotel- Und Gaststättengewerbes, wurde der Frauen Union wie folgt dargestellt:

- viele Betriebe hätten keinen finanziellen Puffer mehr. Auch die Öffnung mit nur 50% der vor der Corona bedingten Schließung vorhandenen Sitzkapazität sei noch keine finanzielle Rettung. Wenn es gut laufe, könne gerade einmal kostendeckend gearbeitet werden. Der Neustart nach dem Corona-Lockdown sei wegen der zahlreichen Auflagen und Beschränkungen für die Restaurants äußerst schwierig. Man stelle sich die Frage, ob sich die Öffnung unter diesen Auflagen am Ende auch wirtschaftlich lohnen wird. Teilweise wolle man daher den Betrieb gar nicht aufmachen.
- Ebenfalls problematisch seien die Auswirkungen auf den Saalbetrieb. Feiern und Veranstaltungen mussten abgesagt werden und diese werde es voraussichtlich länger nicht geben.

Ebenso sei die Reduzierung der Übernachtungsgäste eine weitere Herausforderung. Nach welchen Kriterien muss bei 100%-Ausbuchung entschieden werden, wem abgesagt werden soll? Die beabsichtigte Regelung 50% Belegung und 7 Tage nicht Belegung nach Nutzung, hieße am Ende eine etwa nur 20%ige Auslastung.

- Auszubildende können frühestens nach sechs Wochen in Kurzarbeit geschickt werden. Wie die Frauen Union erfuhr, reichten die bereitgestellten Finanzmittel gerade mal für die Azubis. Ein Tropfen auf dem heißen Stein, so die Betreiber. Dadurch seien insbesondere die Betriebe betroffen, die ausbilden.
- Die Unternehmer sprachen sich auch für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz auf alles und diesen dann auch dauerhaft aus. Die jetzt angedachte Absenkung der Mehrwertsteuer auf 7% für ein Jahr helfe nicht. Eine häufige Anpassung an Änderungen sei kontraproduktiv und teuer.
- Mancher habe eine Betriebsschließungsversicherung, doch die Versicherung zahle nicht mit der Begründung, dass COVID-19 ein neuer Krankheitserreger sei. Er falle nicht unter die versicherten meldepflichtigen Krankheiten der Betriebsschließungsversicherung. Außerdem sei die Schließung nicht erfolgt, weil vom Betrieb eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit anderer ausginge, sondern aus präventiven Gründen der Regierung.

Wir, die Frauen Union Ammerland, halten es für dringend erforderlich, dass sich Politik und Verwaltung möglichst schnell mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe an einem Tisch setzen, um über die Probleme vor Ort zu sprechen und gemeinsam zu beraten, wie weiterer wirtschaftlicher aber auch gesellschaftlicher Schaden für diese Branche und seine vielen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen abgewendet werden kann.

Die Frauen Union Ammerland fordert daher zur Entlastung der Betriebe:

- für Auszubildende eine ähnliche Regelung wie beim Kurzarbeitergeld zu schaffen sowie eine Stundung der Sozialbeiträge.
- einen einheitlichen dauerhaften Mehrwertsteuersatz für alles unterhalb von 19%.

- eine 100% Öffnung der Hotels unter Einhaltung der Abstands- und Hygienebedingungen, z.B. durch Vergabe von Zeitkorridoren bei Frühstücks- und Abendessenszeiten.

Regional gibt es enorme Unterschiede im Infektionsgeschehen. Um auch hier wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaden möglichst gering zu halten, fordert die Frauen Union Ammerland:

- Regional unterschiedliche Regelungen mit Augenmaß je nach Infektionszahlen und Hotspots unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregulungen zu treffen. Landkreise und Städte müssen entsprechend vor Ort angepasst mit Maßnahmen reagieren.

Nach Corona:

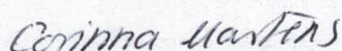
- Alle Regelungen und Bestimmungen kritisch überdenken und wenn möglich vereinfachen.
- Alle an einen Tisch zusammensetzen, um gemeinsam die Problematik des Arbeitszeitgesetzes zu besprechen: Besondere Herausforderung liegt bei Veranstaltungen und bei geringfügiger Nebenbeschäftigung. Beispielsweise bei Hochzeiten: Die Vorbereitung beginnt um 15:00 Uhr; die Gesellschaft kommt um 17:00 Uhr, die Feier ist bis 1 Uhr vorgesehen, geht aber bis 4:00 Uhr, anschließend noch aufräumen.

Vorschlag:

- Arbeitszeit von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchst-arbeitszeit umstellen. Dann kann individuell und flexibel auf Wochentage aufgeteilt werden.
- Einführung einer Sperrstunde

Wir bitten Sie, sich den Existenzsorgen der Betriebe anzunehmen und die Forderungen in den politischen Gremien zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script that reads 'Corinna Martens'.

Corinna Martens  
(Vorsitzende Frauen Union Ammerland)

Vermerk:

Gleichlautendes Schreiben erhält ebenfalls Landrat Jörg Bensberg des Landkreises Ammerland.